

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Abonnementspreis vierteljährlich 1,35 Mk. frei ins Haus, abgeholt von der Expedition 1,20 Mk., durch die Post bezogen 1,54 Mk.

Druckpreis Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Wilsdruff.

und Umgegend.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weixen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altzwanberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Buchardtswalde, Croitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Heiligendorf, Herzogswalde mit Bannberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Losen, Mohorn, Rittig-Moyschen, Ruzzig, Neufriesen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Böhsdorf bei Wilsdruff, Rothsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropf, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schulte, Wilsdruff. Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Schulte, Wilsdruff.

Inserate werden Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Korpuszeile. Anzeigenspreis des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitungsbeilage und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

No. 51.

Dienstag, den 3. Mai 1910.

69. Jahrg.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Königl. Amtshauptmannschaft wird der Weg von Kleinschönberg nach Wilsdruff am 6. und 7. Mai wegen Massenschutt für Fuhrwerk gesperrt.

Der Verkehr wird diese Zeit über Hühndorf bez. über die Neudeckmühle verwiesen. Kleinschönberg, den 2. Mai 1910.

Schmieder, Gemeindevorstand.

Neues aus aller Welt.

Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich sind von ihrer Jerusalemreise wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Der König von Schweden ist gestern abend in München eingetroffen.

Das sachsenburgische Kultusministerium entband die Geistlichkeit des Landes von der Volksschulinspektion.

Graf Joppeln ist vorgestern zum Besuch in Dresden eingetroffen.

Bei seiner Fahrt von Wien nach Dresden wird er voraussichtlich nicht Böhmen durchqueren, sondern seinen Weg über Oberberg und Breslau nehmen.

Die deutsche Hochseeflotte hat eine bis zum 6. Juni dauernde Übungsreise nach der Nordsee angetreten.

Das preussische Herrenhaus hat der preussischen Wahlrechtsreform zugestimmt.

Vorgestern wurde in Mannheim in Gegenwart des Großherzogs von Baden die Lanze des kaislichen, von Professor Schütte konstruierten Luftschiffes vollzogen.

Das Luftschiff erhielt den Namen „Schütte-Lanz“.

Der Vorstand des deutschen Städtetages richtete an den Reichstag eine Eingabe, in welcher er die Wertzuwachssteuer für eine Reichssteuer als ungeeignet erklärt.

Die Große Berliner Kunstausstellung und die Allgemeine Städtebauausstellung sind unter zahlreicher Beteiligung eröffnet worden.

Die sozialdemokratische Parteiführer am gestrigen Sonntag ist überall unter zahlreicher Beteiligung ruhig verlaufen.

Durch die Aussperrung im Bergbau ist der Umbau des Dresdener Opernhauses in Frage gestellt.

Der Halleysche Komet ist am Freitag morgen zum ersten Male in Leipzig von der Universitäts Sternwarte aus ca. 1/2 Stunden lang beobachtet worden.

Oberleutnant Jochims hat vor dem Untersuchungsrichter das Geständnis abgelegt, die Giftpillen an die Generalstabsoffiziere gesandt zu haben.

Der Weiger Kramer in Hamburg erschoss gestern vormittag aus verkehrter Liebe die Verkäuferin Schiemmer und stürzte sich dann selbst.

Theodor Roosevelt hielt vorgestern in der Weisfeler Weltausstellung in Gegenwart des Königs einen Vortrag und hat gestern die Reise von Amsterdam nach Kopenhagen angetreten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wilsdruff, den 2. Mai.

Der Kaiser in Mex.

Der Kaiser hat Freitag vormittag die Befestigungen auf dem rechten Moselufer in Begleitung des Chefs des Ingenieur- und Pionierkorps, Generalinspektors der Festungen v. Beseler, ferner des kommandierenden Generals v. Brittwig und Gaffron und des Gouverneurs von Mex., Generalleutnants Rudra besichtigt.

Von den Reichsfinanzen.

Der erste vorläufige Ausweis über die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren während des Finanzjahres 1909 liegt vor. Demnach belief sich der Gesamtertrag dieser Einnahmen auf 1370,7 Millionen Mark, wovon 658,4 Millionen Mark auf die Zölle, 151,6 Millionen Mark auf die alte Branntweinverbrauchsabgabe, 149,2 Millionen Mark auf die Zuckersteuer, 63,2 Millionen Mark auf die Branntweinsteuer, 58,4 Millionen Mark auf die sogenannte Börsensteuer, 58 Millionen Mark auf die Salzsteuer, 42,5 Millionen Mark auf die Zofsteuer, 37,2 Millionen Mark auf die Erbschaftsteuer und 24,4 Millionen Mark auf den Grundstücksübertragungsstempel kommen. Im Etat für 1909 war diese Einnahme auf 1288,8 Millionen Mark veranschlagt, demgemäß hat die wirkliche Einnahme einen Uberschuss von 82,4 Millionen Mark ergeben, was an sich jedenfalls erfreulich ist. Von den Erträgen weiterer Einnahmeweige sind die der Reichspost und der Reichseisenbahnen bekannt. Erstere machten 667,9 Millionen Mark, letztere 123,8 Millionen Mark aus. Da die Einnahmen der Post im Etat auf 672,6 Millionen Mark veranschlagt sind, so ist bei ihr ein Fehlbetrag von 4,7 Millionen Mark festzustellen, während die Reichseisenbahnverwaltung bei einem Anschlag von 123,3 Millionen Mark noch einen Uberschuss

von 0,5 Millionen Mark abgeworfen hat. Die beiden größten Betriebsverwaltungen des Reiches zusammen schließen also mit einem Fehlbetrag von 4,2 Millionen Mark ab. Zieht man ihn von dem obigen Uberschuss bei den Zöllen, Steuern und Gebühren ab, so erhält man einen Gesamtüberschuss bei allen bisher bekannt gegebenen Erträgen von 78,2 Millionen Mark. Wenn auch noch manche Verdrückung und Änderung eintreten kann, so wird man damit rechnen dürfen, daß die Einnahmen des Finanzjahres 1909 die Staatsansätze beträchtlich überschritten haben. Da außerdem anzunehmen ist, daß sich Minderausgaben herausstellen werden, weil der größte Teil der 40 Millionen-Ausgabe für den Hinterbliebenenversicherungsfonds nicht wird zur Auszahlung zu gelangen brauchen, so ist für 1909 damit zu rechnen, daß die Wirklichkeit besser sein wird als der Etat. Es bleibt aber immer zu beachten, daß die in den Etat eingestellten ungedeckten Materialumlagen 288 1/2 Millionen Mark betragen und daß davon die Einzelstaaten nur 48 1/2 Millionen Mark übernehmen haben.

Gegen die Reichsversicherungsreform

wird von allen Seiten Sturm gelaufen. Arbeiter und Arbeitgeber, Versicherte und Nichtversicherte, Ärzte, Apotheker und Drogeristen, Gewerkschaften, Industriellenverbände und Handwerker; — dem gewissenhaften Chronisten mangelt Zeit und Raum, um all ihre Einsprüche ausführlicher zu vollziehen. Hier darum nur ein neuer gewichtiger Einwand, der vom Kostenstandpunkt. Der Hansabund erhebt ihn. Sein eigens eingesetzter großer Ausschuss für die Reichsversicherungsordnung hat sich ganz besonders mit der Frage der Kosten der neugeschaffenen Versicherungsämter befaßt. Man war einstimmig der Ansicht, daß die vom Reichsamt des Innern mit 6750000 Mark „überschlägig“ berechneten Anwendungen offenbar viel zu niedrig angesetzt sind. Nach den Erfahrungen im Betriebe ähnlicher Institutionen, etwa der Handwerkskammern, werde vielmehr, wie von Sachverständigen „festgestellt“ worden ist, ein durchschnittlicher Kostenaufwand von 25000 Mark für das Amt nicht zu hoch gegriffen sein, und davon dürften etwa vier Fünftel auf Mehrkosten gegenüber den jetzigen Verhältnissen entfallen. Die toten Kosten der Sozialversicherung würden also bei 1000 Beamten um rund 20 Millionen Mark vermehrt werden, so daß gegen diesen Punkt der Vorlage im Interesse von Gewerbe, Handel und Industrie, der Arbeitgeber wie der Angestellten, nach wie vor energig Widerspruch erhoben werden müsse.

Die Errichtung von Schutzmauern am Rande Helgolands

hat sich als durchaus vorteilhaft erwiesen. Seit der Errichtung von Schutzmauern hat das Abdröckeln von Felsmassen fast ganz aufgehört. Der letzte größere Felssturz fand im Mai 1909 statt.

Nachklänge zum Kieler Werkstoffprozeß.

Gegen den Verwaltungsdirektor der Kieler Reichswerft, Geh. Admiralitätsrat, Andersen ist eine Disziplinäruntersuchung eingeleitet worden. Andersen wurde auf die Dauer der Untersuchung benrkannt. Es handelt sich dabei um die vom Staatssekretär v. Tirpitz in der Budgetkommission des Reichstages zugesagte Nachprüfung der im Kieler Werkstoffprozeß erhobenen Anschuldigungen.

Ausland.

Eine merkwürdige Erfindung in Italien.

Die „Tribuna“ meldet, daß es zwei italienischen Offizieren gelungen ist, einen Mechanismus zu konstruieren, der, auf Gewehre und Maschinengewehre aufgesetzt, dem Schützen bei Nacht mit derselben Genauigkeit zu schießen gestattet, wie bei Tage. Auf dem Artillerie-Schießplatz von Porto di Quinto fanden in Anwesenheit hoher Generalstabsoffiziere eingehende Versuche statt, die die praktische Benutzbarkeit der neuen Erfindungen prüfen sollten.

Die „Tribuna“ erklärt, daß sie in Kürze eine eingehende Schilderung der Erfindung mit Angabe der einzelnen Details geben werde. Was auch recht nötig sein dürfte.

Zu der belgischen Deputiertenkammer

stand ein Antrag der Sozialisten auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts als Ersatz des Pluralwahlrechts zur Beratung. Das Plenum beschloß mit 72 gegen 58 Stimmen, über den Antrag nicht zu verhandeln.

Im englischen Unterhaus

richtete der Unionist Burgoyne an den Ersten Lord der Admiralität die Anfrage, ob er etwas wisse über eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn betreffend die Übernahme von vier großen im Bau befindlichen bzw. projektierten Panzerschiffen seitens Deutschlands, falls die Oesterreich-ungarische Regierung auf Schwierigkeiten bei der Bewilligung der nötigen Gelder stoßen sollte. Hr. Kenna erwiderte, daß er amtlich keine Kenntnis von etwas Derartigem habe. Eine weitere Frage, ob einer der projektierten Oesterreich-ungarischen Dreadnoughts bereits auf Stapel gelegt sei, beantwortete Hr. Kenna in gleichem Sinne.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm das Unterhaus das Finanzgesetz in dritter Lesung mit 324 gegen 231 Stimmen an. Das Finanzgesetz wird sodann im Oberhaus eingebracht werden.

Eine fünfprozentige Lohnherabsetzung

wurde in Manchester von den Arbeitgebern in der Baumwollspinnerei-Branche mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen.

Luftschiffahrt.

Beieinemzu Ehren von Bauhaus in Savoyhotel in London gegebenen Frühstück kündigte der Chefredakteur des „Daily Mail“ an, daß das Blatt weitere 10000 Pfund Sterling für einen neuen Flug aussetze, für den die Bedingungen noch festzusetzen seien. Graham White erklärte, er werde das Geld, das man als Anerkennungsgabe für ihn sammle, dazu verwenden, unzerzückt einen Flug von London nach Paris zu organisieren.

Waren Schmuggel des Personals der Zarenjacht.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß gegen das Personal der kaiserlichen Jacht „Standart“ eine Untersuchung wegen Waren Schmuggels eingeleitet wurde. Der „Matin“ spricht davon, daß sich ein großer Skandal vorbereitet.

Verhaftung russischer Juden.

In Lodz wurden über 100 jüdische Lehrer, Kaufleute, Rechtsanwältinnen usw. verhaftet. Außerdem wurde die Schließung dreier jüdischer Vereine: „Arfa“, „Bruderhilfe“ und „Arbeiterbund“ verfügt. Auch der Verein „Bildungsliga“, dessen Mitglieder zur größeren Hälfte jüdischen Glaubens sind, darf keine Versammlung mehr abhalten. Der gesamten jüdischen Bevölkerung von Lodz hat sich eine ungeheure Aufregung bemächtigt und es ist bereits zu großen Demonstrationen gekommen.

Japanische Rührigkeit und russische Trägheit.

Zu den russischen Zeitungen äußert sich Nishchagen über die Japaner, weil diese bemüht sind, durch Eisenbahnbauten die wirtschaftliche Entwicklung Sachalins zu heben und die Naturkräfte dieser Insel nutzbar zu machen, welche die russische Regierung so gut wie unbeachtet gelassen hat. Sowohl der Osten als der Westen Sachalins werden von Schienenwegen durchzogen, die viel zur Hebung des Verkehrs von Personen und Waren beitragen. Die Ausführung eines Teiles dieser neuen Linien ist wegen des bergigen Geländes mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden und wird daher bedeutende Summen kosten. Aber diese Summen werden japanischerseits aufgebracht werden, weil es das Interesse des Landes erfordert. Jetzt beginnt man in Petersburg mehr und mehr einzusehen, wie sehr man seine Interessen in früheren Zeiten veräußert hat. Sachalin wurde bekanntlich von der russischen Regierung lange Zeit nur als Verbannungsort